

Bern, 30.3.2023/10.8.2023

Stellungnahme zu unhaltbaren Vorwürfen in Medien

In einzelnen Medienberichten werden schwere Vorwürfe gegen mich erhoben und Aussagen beliebig aus dem Zusammenhang gerissen, um das unhaltbare Narrativ zu bedienen, ich würde Verschwörungstheorien vertreten oder unterstützen und diese in der Fachwelt verbreiten. Ich distanziere mich ausdrücklich von allen Arten von Verschwörungs-Narrativen und wehre mich gegen ihren Einsatz im therapeutischen Kontext. Als Mediziner fühle ich mich der Wissenschaft verpflichtet. Vor problematischen Konzepten im Zusammenhang mit ritueller Gewalt wie auch vor der Suggestionsgefahr im therapeutischen Kontext habe ich wiederholt gewarnt. Ich halte mich bei meiner Arbeit an anerkannte ethische wie fachliche Richtlinien sowie an etablierte nationale und internationale Leitlinien.

Es gehört zu einem professionellen therapeutischen Verständnis, Gewaltberichten von Betroffenen weder mit Verleugnung zu begegnen, noch diesen Berichten unkritisch Glauben zu schenken oder suggestive Fragetechniken anzuwenden. Vereinzelte Fehlbehandlungen dürfen nicht dazu führen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse rund um organisierte Gewaltstrukturen und intensive Manipulation unter Zwangsbedingungen geleugnet werden.

Die Verfahren, welche die Berner Gesundheitsdirektion und die Ärztesgesellschaft des Kantons Bern eingeleitet hatten, basierten beide auf der Anzeige ein und derselben Einzel-Person, die mich für die Fehltherapie ihrer Tochter verantwortlich macht, obwohl ich in deren Behandlungen zu keinem Zeitpunkt involviert war und weder mit der Mutter noch mit der Tochter jemals zu tun hatte. Die Ärztesgesellschaft des Kantons Bern hat die Anzeige abgewiesen und das Verfahren wurde beendet.

Diese Dynamiken, die unter anderem gegen meine Person zielen, sind Ausdruck eines Expertenstreits um Definitionen und Therapiekonzepte. Indem dieser Streit zunehmend mit haltlosen Unterstellungen personalisiert wird, hat er längst die Ebene eines redlichen und sachlichen Diskurses verlassen. Dabei wäre im Umgang mit organisierter Gewalt ein offener, respektvoller und fachlicher Diskurs notwendig, auch im Interesse der Betroffenen. Zu einem sachlichen und faktenbezogenen Dialog mit interessierten Personen und Organisationen bin ich deshalb auch weiterhin gerne bereit.